

Volkszeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Volkswille
für Oberschlesien

Schriftleitung und Geschäftsstellen:
Lodz, Petrikauer Straße 109
Telephon 136-90 — Volkshel-Konto 63-508
Kattowitz, Plebiszytowa 35; Bielsk, Republikanska 4, Tel. 1294

Volksstimme
Bielsk-Biala u. Umgebung

Der Danziger Nazi-Senat zurechtgewiesen

Der Bericht des englischen Außenministers einstimmig angenommen.

Genf, 23. Januar. Der Völkerbundrat hat am Freitag nachmittag den von dem englischen Außenminister Eden vorgelegten Bericht über die Danziger Fragen einstimmig angenommen. Die darin enthaltenen Empfehlungen haben folgenden Wortlaut:

„Der Rat fordert den Senat der Freien Stadt Danzig auf, im allgemeinen alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, um in einer dem Geiste der Verfassung angepassten Weise zu regieren. Er stellt mit Befriedigung fest, daß der Senat jetzt die notwendigen Maßnahmen trifft, um die Verordnung vom 10. Oktober 1933 über den Ehrenschutz der nationalen Verbände aufzuheben und durch Zahlungen im Gnadenwege den Schaden wieder gutzumachen, der nach Auffassung des Rates den Betroffenen zuzurechnen ist und Schande sowie anderen, die in ähnlicher Lage befinden, entstanden ist.“

Der Rat nimmt das Gutachten des Internationalen Ausschusses vom 4. Dezember 1935 zur Kenntnis, demzufolge die beiden Verordnungen vom 29. August 1935, die das Danziger Strafgesetzbuch und die Danziger Straßenzonierung abändern, mit der Verfassung der Freien Stadt unvereinbar sind. Der Rat stellt fest, daß der Senat Maßnahmen trifft, um dem Gutachten durch die notwendigen Abänderungen der beiden Verordnungen Folge zu leisten. Der Rat kann es im vollen Vertrauen dem Völkerbundsratskommissar überlassen, die Danziger Regierung in der Durchführung der erwähnten Maßnahmen zu beraten und zu unterstützen. Bei Erfüllung dieser Aufgabe wird der Kommissar sicherlich auf die Unterstützung und den Einfluß aller mit dem Rat vertretenen Mächte rechnen können. In dieser Hinsicht kann der Rat besonders auf die Hilfe Polens rechnen, das besondere Interessen in der Freien Stadt hat.“

Zu diesem Bericht gab Eden eine Erklärung ab, in der er seiner Befriedigung über die Form, die er der Entschliebung habe geben können, Ausdruck gab. Der Danziger Senatpräsident ergreife jetzt Schritte, um die Empfehlungen des Rates voll durchzuführen. Außerdem komme er dem Wunsche des Rates hinsichtlich der beiden Straßenzonierungsverordnungen zuvor. Schließlich habe der

Senatspräsident die Versicherung abgegeben, daß er gesetzgeberische Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Presse in der Freien Stadt einleiten werde.

Eden sprach die Hoffnung aus, daß der heutige Tag den Anfang einer neuen Ära in den Beziehungen zwischen Danzig und dem Völkerbund bedeuten möge, einer Ära, in der der Senat, indem er die Freie Stadt im Einklang mit dem Geiste der Verfassung regiere, dem Rat bei der Ausübung seiner Garantie volle und loyale Mitarbeit leiste.

Eden dankte dem polnischen Außenminister für seine Hilfe bei der Behandlung dieses Problems auf der gegenwärtigen Tagung. Sein Land habe besondere Interessen in der Freien Stadt und sei dadurch besonders geeignet, den Rat zu unterstützen.

Der polnische Außenminister Bed erklärte seinerseits seine Genugtuung darüber, daß die Beseitigung der Schwierigkeiten zwischen Danzig und dem Völkerbund gelungen sei.

Der französische Vertreter Massigli nahm von der vor dem Berichterstatter abgegebenen Zusicherung des Senatspräsidenten Kenntnis.

Auch die Vertreter Spaniens, Portugals, der Türkei und der Sowjetunion erklärten sich für die Berichtsentscheidungen, wobei Außenkommissar Litwinow die Hoffnung aussprach, daß die Danziger Frage nunmehr nicht mehr vor den Rat kommen werde.

Hierauf erhielt der Danziger Senatpräsident Greiser das Wort. Er erklärte, daß es schwer ist, „das Ergebnis der Arbeit des Berichterstatters in Einklang zu bringen, mit dem von Danzig zum Ausdruck gebrachten Willen einer Verständigung, die dem Danziger Gesichtspunkt volle Rechnung trägt“, die vom Berichterstatter vorgeschlagenen Maßnahmen werden jedoch, „wenn auch schweren Herzens entgegengenommen werden.“

Zum Schluß sprach der Präsident des Völkerbundrates seinerseits die Hoffnung aus, daß die heute vom Danziger Senat übernommenen Verpflichtungen eingehalten werden.

Kabinettsarrang in Frankreich

Paris, 24. Januar. Senator Sarraut hat am Nachmittag dem Präsidenten der Republik mitgeteilt, daß er den Auftrag zur Bildung einer neuen Regierung endgültig annehme. Am späten Nachmittag hat Sarraut dann eine endgültige Kabinettsliste bekanntgegeben. Sie lautet:

- Ministerpräsident und Innenminister: Sarraut, Senator, Radikalsozialer;
- Staatsminister: Paul-Boncour, Senator, sozialistische Vereinigung;
- Staatsminister: Delbot, Abgeordneter, Vorsitzender der radikalsozialen Kammerfraktion;
- Außenminister: Flandin, Abgeordneter, linksrepublikaner;
- Kriegsminister: General Maurine;
- Kriegsmarineminister: Pietri, Abgeordneter, republikantisches Zentrum;
- Luftfahrtminister: Deat, Abgeordneter, sozialistische Vereinigung;
- Unterrichtsminister: Guenut, Abgeordneter, Radikalsozialer, linksgerichtet;
- Handelsminister: Bonnet, Abgeordneter, Radikalsozialer;
- Minister für öffentliche Arbeiten: Chaumpey, Senator, Radikalsozialer;
- Landwirtschaftsminister: Thellier, Abgeordneter, linksrepublikaner;
- Postminister: Mandel, Abgeordneter, parteilos;
- Kolonialminister: Stern, Abgeordneter, radikale Linke;
- Arbeitsminister: Frossard, Abgeordneter, ehemaliger Sozialist, jetzt parteilos;
- Gesundheitswesen: Nicolle, Abgeordneter, Gruppe Bernot, rechtsgerichtet;
- Handelsmarine: de Chappedelaine, Abgeordneter, radikale Linke;
- Pensionsminister: Besse, Abgeordneter, unabhängige Linke.

London, 24. Januar. Die Ernennung Flandins zum Außenminister Frankreichs hat in London große Genugtuung ausgelöst. Flandin gilt in englischen politischen Kreisen als ausgesprochen englandfreundlich. Er unterhält mit englischen Politikern und Presseleuten enge freundschaftliche Beziehungen.

Sechs Zeitungen in Lodz beschlagnahmt

Auf Anordnung der Behörden wurden gestern in Lodz folgende sechs Tageszeitungen beschlagnahmt: Lodzer Volkszeitung, Freie Presse, Majer Volksblatt, Lodzer Morgenblatt, Drendownik und „A.B.C.“ Die Beschlagnahme erfolgte wegen einer Nachricht über Hausdurchsuchungen in den Lokalen der Lodzer „Nationalen Partei“. Die betreffende Nachricht wurde den Blättern durch eine hiesige Presseagentur zugesandt.

Im Zusammenhang mit dieser Beschlagnahme konnten mehreren Lesern im Teschener und Oberschlesien nur das Hauptblatt zugesandt werden, während das Beiblatt, in welchem sich die beanstandete Nachricht befand, von der Polizei fortgenommen wurde. Wir bitten unsere gesch. Leser, diese Störung im Zeitungsverband entschuldigen.

Die Ukrainer verlangen die Eröffnung einer ukrainischen Universität.

In Lemberg fand eine Sitzung des ukrainischen Bildungsvereins „Sweczenko“ statt, deren Hauptberatungsgegenstand die Frage der Schaffung einer eigenen ukrainischen Universität in Lemberg war. Es wurde beschlossen, den polnischen Behörden „die Eröffnung einer Universität für die ukrainischen Gebiete in Polen“ zu verlangen, wobei auf das Gesetz vom 26. September 1922 hingewiesen wird, das die Eröffnung einer solchen Universität bis zum Jahre 1924 vorschreibt. Sollte es nicht gelingen, die polnischen Behörden zur Eröffnung einer ukrainischen Universität zu bewegen, so soll eine private ukrainische Hochschule errichtet werden.

Die Kopfarbeiter gegen die Herabsetzung der Emertalgebühren.

Die Union der Kopfarbeiterverbände hat an den Staatspräsidenten und den Ministerpräsidenten ein Telegramm gerichtet, in welchem gegen das Dekret in Sachen der Herabsetzung der Gebühren für die Emertalversicherung Einspruch erhoben wird. Die Union weist darauf hin, daß durch die Herabsetzung der Gebühren die Emertalversicherungsanstalten in ihrer Existenz bedroht seien und bittet die Regierungsstellen, diese Angelegenheit noch einmal zu überprüfen.

Beschwerde der jüdischen Wirtschaftsorganisationen beim Innenminister.

Ein Komitee aller jüdischen Wirtschaftsorganisationen in Polen hat zu Händen des Innenministers Raczkiwicz ein umfangreiches 60 Seiten Maschinenschrift umfassendes Memorial niedergelegt. Das Memorial hat die zunehmende jüdenfeindliche Aktion in Polen und im Zusammenhang damit stehende Ausschreitungen zum Gegenstand. Darin wird u. a. darauf hingewiesen, daß den Juden in Polen der Salzhandel abgenommen wurde, eine Fabrik in Chodakow allen jüdischen Arbeitern gelündigt hat usw. Die jüdischen Organisationen verlangen des weiteren die Schließung der Schulklassen und protestieren gegen die Verlegung der Markttag durch verschiedene Stadtverwaltungen auf Sonnabend, indem sie hierin eine gegen die Juden gerichtete Aktion erblicken.

Der Völkerbund bleibt sich treu.

„Diplomatische“ Erledigung des Streitfalls Sowjetunion—Uruguay.

Genf, 24. Januar. Der Völkerbundrat nahm in seiner heutigen Sitzung den Bericht des rumänischen Außenministers Titulescu in Sachen des Konflikts der Sowjetunion mit Uruguay entgegen. In der von Titulescu eingebrachten Entschliebung wird festgestellt, daß einerseits der Vertreter Uruguays sich auf den Standpunkte stellte, daß er nicht verpflichtet sei, die von der Sowjetunion verlangten Beweise für die Anklagen der uruguayischen Regierung zu erbringen, während andererseits die Sowjetunion nicht darauf beharrt, daß der Völkerbundrat in dieser Angelegenheit eine Entscheidung treffe. Angesichts dessen wird in der Entschliebung der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß beide Länder bei der ersten sich bietenden Gelegenheit wieder normale gegenseitige diplomatische Beziehungen aufnehmen werden. Beide Länder werden schließlich aufgefordert, alles zu unterlassen, was dem Frieden schaden könnte.

Die Entschliebung wurde nach einem kurzen Meinungsaustausch einstimmig angenommen. Damit wurde die 83. Ratstagung geschlossen.

Anschlag auf japanische Hofbeamte.

Tokio, 24. Januar. Wegen eines Anschlags auf hohe Hofbeamte wurden 5 Personen verhaftet. Die Hofbeamten sollen sich nach Ansicht der Verdächtigen zu wenig für den Kaisergedanken eingesetzt und die Organ-Theorie begünstigt haben.

